

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Gewerkschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-N. / Geschäftsstelle und Expedition: Eisenbahnpostf. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postfachkonto Dresden-N. 13333, Emil Schlegel, Eisenbahnpostf. 2 / Fernspr. 1211 Dresden-N. 17259 / Druckverlag: „Arbeiterstimme“ Dresden / Druckkosten der Redaktion: Wochentags 4-6 Hf. (außer Montag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 15. Mai 1926 Nummer 111

Die Rüstungen zum Staatsstreich

Die Sozialdemokraten für die Faschisten — Demonstrationen der Putzschichten — Gegendemonstrationen verboten

In der Nähe von Berlin zwischen Großbeeren und Genshagen wurde ein großes Waffenlager der rechtsradikalen Bewegung entdeckt, das mehrere Kraftwagenladungen Gewehre und Munition enthielt. Die Rechtsradikalen hatten eben begonnen, die Waffen an andere Stellen zu schaffen, als sie übergeben werden. Die ersten Mitteilungen über das Waffenlager waren vom Teltower Reichsbannerleitenden gemacht worden. Diese waren dadurch, daß sich einige hundert Putzschichten im Walde zu stellen machten. Als sie sich den Faschisten nähern wollten, wurden sie durch Revolverkugeln zurückgetrieben. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu dieser Entdeckung:

Die Auffindung dieses großen Waffenlagers gerade bei Genshagen ist deshalb interessant, weil der Aufmarschplan gegen die baltischen Provinzen als Basis der Operationen gegen die Reichshauptstadt vorliegt. Früher wurden die letzten Vorbereitungen bekanntlich außerpolitische Mischlinge vorgeführt. Diese sind es jetzt wieder. Daß die bestellten Waffen nicht gegen den Reichspräsidenten oder gegen die Deutsche Republik herangezogen werden sollten, ist wohl klar.

„Die Vereinigten Vaterländischen Verbände haben für den Sonntag Straßendemonstrationen in Berlin angekündigt. Wir nehmen an, daß diese Demonstrationen nichts in den Weg gelegt wird. In den Zeiten des Herrn Jagow diente die Straße allein dem Verkehr. Heute dient sie auch der politischen Propaganda. Es ist nicht zu vermeiden, daß gerade diejenigen Organisationen, die, wenn sie nur könnten, die Freiheiten der Demokratie am gründlichsten beschneiden würden, am eifrigsten von ihnen Gebrauch machen.“

Damit heißt die Straße am Sonntag den nächsten nationalsozialistischen Organisationen. Sozialdemokratischer Parteipräsident, sozialdemokratischer Parteivorsitzender sehen sich für die Demonstrationenfreiheit der Faschisten ein.

Eine bessere Illustration zur Frage der Koalitionsregierung als wie dieses Verhalten der Sozialdemokraten und ihre Unterstützung der Staatsstreichler kann den Arbeitern nicht gegeben werden.

Ein Zentrumstanzler

Berlin, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem Gekler mit der Regierungsbildung gescheitert ist, hat das Zentrum gestern abend den Kaiser Oberbürgermeister Abenauer nach Berlin kommen lassen und versucht, ihn als Kompromißkandidaten in Betracht zu ziehen. Die Nationalisten haben in einer Reaktionshaltung ausgebrochen, daß die Demokraten nicht mehr als Regierungspartei gelten können, es sei denn, sie erkennen die Regierungsbildung hinterher an. Die „Tägliche Rundschau“ erklärt sich gegen jede Verhandlung mit den Sozialdemokraten und verurteilt die Demokraten zur Regierungsbildung heranzuziehen. Die Demokraten verhalten sich wie vor, die Sozialdemokraten für die Große Koalition zu gewinnen oder sie mindestens zu belämmern, der neuen Regierung keine Opposition zu machen. Die Verhandlungen gehen weiter.

Putzschichten und Staatsstreich

In der innerpolitischen Lage ist eine Verschärfung eingetreten, die die intensive Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterklasse erfordert. Durch die Flaggenerordnung des Reichspräsidenten ist eine Regierungskrise eingetreten. Die Krise wird von den Reaktionsären und Faschisten benützt, um erneute Vorstöße zu einer härteren Reaktion durchzuführen. Die Schwerindustrie in der Deutschen Volkspartei und bei den Deutschnationalen arbeiten daran, eine harte Rechtsregierung zu bilden. Die Schwerindustriellen erachten den Zeitpunkt für gekommen, wo sie durch eine härtere Regierungsbildung ihre Nationalisierung durchführen können. Die erste die Lage für die deutsche Arbeiterklasse ist, zeigen die Entschlüsse über die Aufschüttung und Aufmarschpläne der sogenannten Vaterländischen Verbände, hinter denen nach den bis jetzt bekanntgewordenen Tatsachen Einflüsse der Schwerindustrie stehen. Es handelt sich keineswegs um einen von wilden, wirtschaftsfremden faschistischen Führern vom Schlage Hitler ausgehenden Plan, sondern um die ernste Bedrohung der arbeitenden Bevölkerung durch die ausführenden Kreise der Industrie. Hinter dem Aufmarschplan stand die Reichswehr und die Lutherregierung.

Die Aufschüttung haben im engeren Zusammenhang mit der Bewegung der Massen für die Enteignung der abgemessenen deutschen Reichtümer. Trotz der Forderung von 12½ Millionen Mark hat die Regierung die Einbringung des Volkswirtschafts mit allen Mitteln behindert und verzögert. Wochenlang wurde die Forderung der 12½ Millionen in den Faschisten verschluckt. Durch Kompromißgänge sollte die Front für die Forderung der 12½ Millionen werden. Als das nicht gelang, erklärte die Lutherregierung, sie hindern die Durchführung. Um dem Willen riesengroßer Wählermassen entgegenzuwirken, bereite man den Staatsstreich vor. Schon einmal erklärte Luther, daß er, falls ihm ein Mißtrauensvotum ausgesetzt werde, den Reichstag nach Hause schicken und mit dem 8. 48 regieren werde. Blamäßig wurde die Mobilisierung der völkischen Kampfbünde unterstellt. Die Fahnenordnung des Reichspräsidenten war ein Anstoß zur härtesten Mobilisierung der Nationalisten. Als bekannt wurde, daß das Schlagwort etwas beschädigt sein sollte, sandte Luther ein Telegramm, das ebenfalls auf Aufforderung zu erhöhter Aktivität von den Nationalisten aufgefaßt werden mußte.

Die Staatsstreichpläne der Putzschichten sind aufgedeckt. Die Gefahr des Staatsstreiches aber keineswegs verhindert. Die Regierung und die Behörden haben sich offen auf die Seite der Putzschichten gestellt. Die Führer der Verbände sind freigesprochen. Oberst Anauer, der den Aufmarschplan gegen Berlin aufgestellt, Auf, der in der Führung der Putzschichten am stärksten beteiligt wurde, wurde freigesprochen, weil sie erklärten, geglaubt zu haben, mit ihrem Aufmarschplan den Reichswehr zu dienen. Die Gefahr eines Staatsstreiches ist durch diese Haltung der Behörden viel größer geworden. Zielklar und bemerkt wird der laute Ruf vorbereitet. Die Vertrauensstellung der Arbeiterklasse und eine Kundgebung an die Putzschichten in der Reichswehr, daß die Politik des Staatsstreiches fortgesetzt werden soll.

Eine solche Zuspitzung der Lage, solch unerhörtes Vordringen und Vorgehen der Reaktion ist nur deswegen möglich, weil die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiterklasse Stück um Stück an die Reaktion verriet, die Kraft der Arbeiter zermürbt und zerlegt hat. Auch jetzt trotz der großen Gefahr, von der das Proletariat bedroht wird, unterlassen es die sozialdemokratischen Führer, die Arbeiterklasse gegen die Pläne der Reaktionsäre mobil zu machen. Anstatt die Arbeiter aufzurufen, erklärt die Sozialdemokratie zur Verhinderung einer Putzschichtgefahr erneut in die Koalitionsregierung einzutreten zu wollen. Sie erklärt aber auch ihre Bereitschaft, ein neues Kabinett der Mitte ohne Luther zu unterstützen. Im Lager der Feinde des Proletariats ist man sich noch nicht klar darüber, ob man den Staatsstreich ohne die Sozialdemokratie oder mit Unterstützung der Sozialdemokratie durchführen soll.

Jeder Arbeiter muß sich darüber klar sein, daß eine Koalitionsregierung den Vorwärtsschritt der Reaktion nicht aufhalten kann. Der deutliche und beste Beweis dafür ist ja das Jahr 1923 und auch vorher während dem gesamten Verlauf der deutschen Bewegung nach 1918 trotz immer wiederkehrender Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten die Faschisten ständig härter rüsteten und die Reichswehr ununterbrochen zu einem Instrument der Reaktion wurde. In Bremen und Sachsen, wo Koalitionsregierungen mit Sozialdemokraten bestanden, konnten sich die Arbeiter nicht angeheben lassen. Ja, sie erkranken sich noch

Die Partei der sozialdemokratischen Staatsbeamten

Die der „Dresdener Anzeiger“ heute an erster Stelle des Hauptartikels mitteilt, haben die 23 sogenannten „alten“ Sozialdemokraten am Freitag abend wieder eine Verammlung abgehalten, die von 400 Personen besucht gewesen sein soll. Der ehemalige Unabhängige, Wirtschaftsminister Hermann Müller, hat einen Vortrag gegen die radikale Politik für die Beteiligung an den Staatsstellen. Diesen Anführer der Sozialdemokraten gefühlvoll zu sein, als gegen das Bürgerturn zu kämpfen. Er hat gute Vertreter der Kapitalisten, Schächer des Kapitals und des Privatvermögens geworden. Jetzt haben sie ihre ihre von der Arbeiterbewegung herrührende Haltung vor den Arbeitern zu begründen. Ihr Bestreben geht dabei darauf hinaus, die Sozialdemokratie der Arbeiter unter allen Umständen aufrecht zu erhalten und jede weitere Bedrohung der kapitalistischen Herrschaft zu verhindern. Da die Polizeimethoden des Innenministeriums allein ihnen nicht als geeignetes Mittel erschienen, wenden sie durch stark ideologische Beeinflussung die Arbeiter an. Nachdem sie jahrelang innerhalb der SPD, gebildet von den Unten, unterstützt von dem Parteivorstand, ihre Politik betrieben haben, sind sie jetzt von der steigenden Empörung der Arbeiter aus dieser Partei gedrängt worden. Jetzt gehen sie mit einer Kraft daran, eine eigene Partei zu bilden.

Zu den organisatorischen Fragen ergriß nach den Mitteilungen des „Anzeigers“ Bechtel das Wort. Er teilte mit, daß sie eine sogenannte „Alte Sozialdemokratische Partei“ bilden werden. In nächster Zeit soll ein Landesparteitag dieser Organisation stattfinden.

Am 15. 23 sammeln sich nun die in Beamtenstellungen besetzten Sozialdemokraten — alle diejenigen, die dem Klassenkampf feindselig gegenüberstehen. Sie begannen unter dem Namen „Alte Sozialdemokratische Partei“ eine nationale Partei mit linksbürgerlichem Einschlag, mit Annäherung an faschistische Ideologien auszubauen. In der gestrigen Verammlung wurde ein Entwurf des ehemaligen Ministerpräsidenten Aufzulesen. Aus erklärt die Ausschüsse der 23, die „pflanzliche“ andere behandelt haben, wie es die Mehrheit der faschistischen Parteimitglieder und die Redakteure der sozialdemokratischen Zeitungen verlangen, für ein Unrecht. Er wisse, daß alles getan werde, diese Genossen zur Straße zu bringen und sie in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Er fühle sich von dem Unrecht gegen die 23 mit getroffen. Er könne deswegen nicht mehr Mitglied der Sozialdemokratischen Partei bleiben. Einer beherrschenden Partei könne er sich nicht anschließen. Dann kündigt Auf seine Unterstützung für die neue Partei an. Er schreibt:

„Mein Naturell und mein Gefühl drängen mich zu politischer Betätigung und Organisation. Ich werde darum alles unternehmen, was mir und gleichgesinnten Sozialdemokraten die Möglichkeit gibt, zu prüfen, ob dieser mein nach rechtslicher Erwünschung geförderter Schritt billigen findet.“

Auf Wunsch war auf einer Tagung in Pflaßberg, um dort die Partei der 23 zu bilden.

Ein Zentrumstanzler

Berlin, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem Gekler mit der Regierungsbildung gescheitert ist, hat das Zentrum gestern abend den Kaiser Oberbürgermeister Abenauer nach Berlin kommen lassen und versucht, ihn als Kompromißkandidaten in Betracht zu ziehen. Die Nationalisten haben in einer Reaktionshaltung ausgebrochen, daß die Demokraten nicht mehr als Regierungspartei gelten können, es sei denn, sie erkennen die Regierungsbildung hinterher an. Die „Tägliche Rundschau“ erklärt sich gegen jede Verhandlung mit den Sozialdemokraten und verurteilt die Demokraten zur Regierungsbildung heranzuziehen. Die Demokraten verhalten sich wie vor, die Sozialdemokraten für die Große Koalition zu gewinnen oder sie mindestens zu belämmern, der neuen Regierung keine Opposition zu machen. Die Verhandlungen gehen weiter.

Dabei liefern sie den Arbeitern ein Schulbeispiel dafür, wie ein häßliches Zusammenarbeiten mit dem Bürgerturn führen muß. Die Arbeiterklasse muß aus diesen Vorgängen gelernt haben. Insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter müssen erkennen, daß eine Politik des Faschismus mit den Kapitalisten zusammenzuführen führt. Gerade jetzt ist es für die sozialdemokratischen Arbeiter unbedingt geboten, die Dinge genauer zu beobachten. Im Reichsmittel, in dem ja grundsätzlich immer die Politik der 23 von dem Reichsvorstand der SPD, betrieben wurde, ist die SPD, dabei, in ein Koalitionskabinett einzutreten. Der Vorstand in Berlin betrachtet die Staatsangelegenheiten für sein oder der Reichsregierung wichtig. Die Arbeiter werden wieder zur Entscheidung beigegeben, noch werden sie aufgeföhrt, ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen. Die Arbeiterklasse darf aber nicht ruhig zu sehen, wie die Kapitalistenpolitik immer härter rüstet, während die Behörden nur ihren Kampf gegen Arbeiter führen.

Am schärfsten Beispiel sind die Arbeiter gewarnt. Schärfer Kampf gegen die Renegaten, härtester Kampf gegen jede Halbheit, das ist die Lehre, die die faschischen Arbeiter aus ihren Erfahrungen ziehen müssen. Aufgabe unserer Genossen ist es, für die Aufführung und Semierung der breiten Schichten zu sorgen.

Gewerkschaften und 23

Wie wir nachträglich erfahren, haben an der Versammlung der 23 auch eine Anzahl Gewerkschaftsangehörige teilgenommen. Die 23 erklären, man dürfe keinen Kampf in den Gewerkschaften führen, das Kartell erklärte sich gegen die Rechte. Die Führer des Kartells aber organisierten die Unterstützung der 23. So nahm nach und nach die Unterstützung der 23 ab. So naher nach und nach die Unterstützung der 23 ab. So naher nach und nach die Unterstützung der 23 ab. So naher nach und nach die Unterstützung der 23 ab.